

18. VII. 1918

Die Wählerin.

Zum Eintritt der Frauen in die Politik.

Von Rosa Mayreder.

Wie groß auch die Leiden und Demütigungen sein mögen, die ein besiegtes Volk auf sich nehmen muß, einen hohen Vorzug hat es vor dem siegreichen voraus: ihm ist wie in keiner andern Epoche seines Daseins die Möglichkeit sozialen Fortschrittes gegeben, die Möglichkeit, sich von den Uebelständen der alten Ordnung durch einen mächtigen inneren Aufschwung zu befreien, indes das siegreiche Volk durch den Erfolg an die alten Zustände und Machthaber gebunden bleibt. Diesem mächtigen Aufschwung, der Österreich in einen Freistaat verwandelt hat, verdanken auch die Frauen das Wahlrecht. Mit einem Schlage werden sie in bürgerliche Rechte eingesetzt, auf die sie freilich ihrer Mehrzahl nach noch gar nicht vorbereitet, mit deren Bedeutung sie noch gar nicht vertraut sind. Dadurch laufen sie Gefahr, aus Mangel an eigenem politischem Urteil sich blindlings den Direktiven der bisherigen, durch die Männer für die Männer gemachten Politik unterzuordnen. Das Wichtigste für sie ist daher, sich zu bestimmen, was sie speziell als Frauen von einer Neuordnung der sozialen Zustände fordern müssen. Wenn schon die Männer es sich nie recht angelegen sein ließen, Väterpolitik zu treiben, so in die Frauen in erster Linie Mütterpolitik in die Welt bringen. Unter Mütterpolitik im allgemeinsten Sinn kann man das Bestreben verstehen, die bestehende Ordnung so zu beeinflussen, daß der nächsten Generation die Leiden und Uebel, die man im eigenen Leben erfahren hat, so weit als möglich erspart bleiben. Was aber könnte den Frauen, die mit täglich erneutem Grauen vier Jahre Krieg miterlebt haben, mehr am Herzen liegen, als durch ihren Eintritt in das politische Leben eine Wiederkehr dieser namenlosen Greuel zu verhindern?

Das kostbarste Gut, der Mensch, ist es, dessen Hervorbringung in tausend Leiden, Mühen und Opfern die Natur ausschließlich dem weiblichen Geschlecht aufgebürdet hat. Als Konsequenz dieser natürlichen Ungleichheit bei der Verteilung der generativen Aufgaben ergibt sich von selbst, daß der Wert des Menschenlebens an sich von den Frauen ganz anders empfunden und in Rechnung gestellt wird als von den Männern. Je stärker der Verbrauch an Menschenleben, desto drückender die Anforderungen der generativen Aufgabe an die Frauen. Deshalb muß es das stärkste, allen Frauen ohne Unterschied gemeinsame Bestreben sein, in ihrer Politik den Krieg als den verwerflichsten Massenmord zu bekämpfen und vor allem gegen jenes System aufzutreten, das ihn dauernd als ehrenvolle Einrichtung zu erhalten strebt, gegen den Militarismus. Es wird aber auch ihre dringendste Aufgabe sein, Einsicht in die tiefgehenden Wurzeln zu gewinnen, durch die er mit dem bürgerlichen Leben verwachsen ist. Militarismus, Nationalismus und Imperialismus haben in ihrer Verquickung so unermessliches Unheil in die Welt gebracht, daß es ein unbergänglicher Ruhm der Frauen sein wird, wenn sie mit ihrem Eintritt in die Politik den Kampf dagegen aufzunehmen wissen.

Wie die Wählerinnen denken.

Es war in diesem Sommer. Vor einem beliebigen Zackerwarengeschäft, zu dem täglich die vielen Hunderte von Frauen pilgerten, um hier oft stundenlang auf ihre Päckchen zu warten, stand eine den bürgerlichen Kreisen angehörende Gruppe von Frauen in eifrigem Gespräch. Es war die unvermeidliche, selbstverständliche Erörterung der Lebensmittelpnot, der Preissteigerung und der schweren Sorgen, die auf allen Hausfrauen und Müttern lasteten. Die Klagen verichärften sich und die Stimmung wurde immer erregter. Da rief plötzlich eine junge Frau aus: „Ja, wenn wir Frauen Wählerinnen wären, da würden viele der Uebelstände abgestellt werden!“ Eine schon bejahrte Frau lachte höhnisch; die andern aber stimmten der mutigen Kämpferin zu und verteidigten deren Standpunkt.

„Wissen Sie, warum wir das Wahlrecht brauchen?“ Die junge Rednerin wandte sich an ihre Gegnerin — „Weil wir unsere Interessen und die unserer Kinder wahren müssen. Die Herren Abgeordneten, die haben andre Sorgen: Kriegsbudget, nationale Belange, agrarische Rücksichten. Wo bleibt da die Zeit für den armen Mittelstand? Lassen sie uns Wählerinnen werden, und ich sage Ihnen, es wird ein neuer Geist in das „hohe Haus“ einziehen. Mit der Rückständigkeit wollen wir dann gründlich aufräumen, wozu sind wir tüchtige Hausfrauen, wenn wir nicht allen alten Klunder mit dem Besen hinausjagen würden?“

„Ja, fort mit der Rückständigkeit,“ riefen die Zuhörerinnen. „Glauben Sie vielleicht, geehrte Frauen,“ begann die Sprecherin von neuem, „daß Frauen eine hinterhältige Politik machen könnten und würden? In den Gemeindevertretungen, da können sich alle gar nicht genug tun in Konsumentenpolitik, aber im Landtag und im Reichstag, wo sie auf ihre politischen Parteifreunde, die Herren Agrarier, Rücksicht nehmen müssen, vergessen sie dann meist an die städtische Bevölkerung und deren Bedürfnisse.“ — „Ja, wie können Sie denn so etwas behaupten?“ warf die Alte ein. — „Sie scheinen ein kurzes Gedächtnis zu haben,“ fuhr die junge Frau unbeirrt fort. „Erinnern Sie sich nicht mehr an den Kampf um die Einfuhr des argentinischen Fleisches in vergangener Friedenszeit, welche unklare Haltung damals unsere Vertreter eingenommen haben? Nur unter starkem Drängen und lebhafter Agitation der Wiener Bevölkerung konnte mit großer Mühe die Einfuhrbewilligung für kleine Mengen von Fleisch erzielt werden, die großen Mengen, die allein eine Entlastung des Wiener Marktes und eine Preisregulierung zur Folge gehabt hätten, unterblieben aus „Partei“-Rücksichten für die landwirtschaftlichen Erzeuger.“ — „Sehr richtig,“ sagte eine andre Frau, „unlängst hat mein Mann, er ist nämlich Finanzbeamter, zu mir gesagt, daß die städtische Besteuerung eine höhere sei als die ländliche, die Aufteilung geschieht zuungunsten der Städte. Besonders bevorzugt sind wir nur durch eigene Zuschläge zu den allgemeinen Steuern; durch Linienverzehrungssteuer für die innerhalb des Reichsbildes eingeführten Lebensmittel; auch bei der Biersteuer wird noch ein weiterer Zuschlag entrichtet.“ — „Unerbört,“ riefen mehrere dröhend einander, „so schauen unsre Interessenvertreter aus!“ — „Natürlich,“ erwiderte die Hauptrednerin, „unsre Mehrheitsparteien haben eine große Angst, es könnte irgendein Artikel vielleicht einmal für die Konsumenten preiswert abgegeben werden. Deshalb wehren sie sich gegen alle Neuerungen, die dem Mittelstand zum Vorteile gereichen könnten. Dem kleinen Mann wird dadurch nicht geholfen, dem kleinen Bürger aber schwerer Schaden zugefügt. Jedem Erwerbenden muß es ja gut gehen, wenn er die nötige fachliche Bildung hat; die muß man immer weiter fördern. Der Befähigungsnachweis allein kann die Konkurrenz nicht mattsetzen, auch nicht die Konzessionserteilung nach „Maßgabe des lokalen Bedarfes“. Gegen die Lahmlegung jedes fortschrittlichen Unternehmungsgeistes, gegen die geistige Knebelung, angefangen in den Schulen, gegen diese ganze Verkümmernng unsres Lebens müssen wir aufreten.“ — „Es wird,“ warf die erste Rednerin ein, „nicht eher besser werden, als bis wir freie Bürgerinnen in einem fortschrittlichen Staat sind, in dem die Lebensbedingungen für alle Kreise und Stände, auch für das Bürgertum, wesentlich gebessert sein werden. Darum müssen wir trachten, das Wahlrecht...“ Hier wurde die Frauenwahlversammlung unter freiem Himmel von dem diensttretenden Wachmann unterbrochen: „Die nächsten zwölf vortreten.“ Im Nu hatte sich der Knäuel gelöst, alles drängte in den Laden, und man hörte nur die mütterliche Alte, die zurückgeblieben war, brummen: „Die haben gut reden, wann die so alt sein wie ich, werden sie noch immer kein Wahlrecht haben.“

Es ist erfreulicherweise anders gekommen.

Dilh Schwarz

Die Staatsbürgerschaft der Frauen.

Das von der provisorischen Nationalversammlung beschlossene Gesetz vom 5. Dezember 1918 über die deutschösterreichischen Staatsbürgerrechte macht keinen Unterschied zwischen den Staatsbürgerrechten von Männern und Frauen, es können demnach auch verheiratete Frauen, deren Gatten nicht nach Deutschösterreich zuständig sind und ihre ausländische Staatsbürgerschaft beibehalten wollen, nach dem Sinne des Gesetzes selbständig um ihre Staatszugehörigkeit nach Deutschösterreich eintommen. Nur durch die Erwerbung der Staatsbürgerschaft besitzen die Frauen die vollen Staatsbürgerrechte, so die Wahlberechtigung, weshalb die Erlangung

der Staatsbürgerschaft gerade im gegenwärtigen Augenblick von größter Bedeutung ist.